Erste Verordnung zur Durchführung des Eheschuldigkeitsgesetzes.

Auf Grund der §§ 6 und 7 des Gesetzes zum Schutze der Eheschuldigkeit des deutschen Volkes (Eheschuldigkeitsgesetz) vom 18. Oktober 1935 (Reichsgesetzbl. I S. 1246) wird folgendes verordnet:

§ 1
Die Ausstellung des Eheschuldigkeitszeugnisses (Anlage 1) ist ein Teil der Eheschulung und erfolgt durch das zuständige Gesundheitsamt (Verwaltungsstelle für Erb- und Rassenpflege).

§ 2
(1) Zwecks Erlangung des Eheschuldigkeitszeugnisses hat sich jeder Verlobte bei dem Gesundheitsamt untersuchen zu lassen, in dessen Bezirk er seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat. Hat ein Verlobter seinen Wohnsitz im Ausland oder hält er sich längere Zeit im Ausland auf, so kann er sich bei jedem deutschen Gesundheitsamt untersuchen lassen. Das Gesundheitsamt hat Ermittlungen über die Eheschuldigkeit der Verlobten anzustellen.


(3) Hat einer der Verlobten seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Ausland, so kann die Untersuchung auch durch einen ausländischen Arzt erfolgen, dessen Zulassigkeit durch den zuständigen deutschen Berufsorden oder diplomatischen Vertreter nach Anhörung des zuständigen politischen Leiters der NSDAP bestätigt wird.

§ 3

§ 4
Das Eheschuldigkeitszeugnis wird von dem für die Unterführung der Braut zuständigen Gesundheitsamt ausgefertigt. Ist das Gesundheitsamt nicht auch für die Unterführung des Bräutigams zuständig, so ist das Eheschuldigkeitszeugnis erst auszufertigen, wenn die Unterlagen über das Gesundheitszustand des Bräutigams vorliegen.

§ 5
Leisten die Verlobten einer Anordnung des Gesundheitsamts zur Beibringung der für ihre Beurteilung erforderlichen Nachweise keine Folge, so kann das Gesundheitsamt die Ausstellung des Eheschuldigkeitszeugnisses ablehnen.

§ 6
Beßtigt nur der Bräutigam die Reichsangehörigkeit, so ist er verpflichtet, die Unterlagen für die Beurteilung der Eheschuldigkeit der Braut beizubringen.
§ 7
Das Eheglaubigkeitzeugnis wird ungültig, wenn die Ehe nicht binnen sechs Monaten seit der Ausstellung geschlossen wird. Das Gesundheitsamt kann die Frist verlängern.

§ 8
(1) Werden dem Gesundheitsamt nach Erteilung des Eheglaubigkeitzeugnisses Ehehindernisse nach § 1 des Gesetzes bekannt, so kann es das Zeugnis zurücknehmen, solange die Ehe nicht geschlossen ist.

(2) Die Zurücknahme ist beiden Verlobten und dem für die Eheschließung zuständigen Standesbeamten mitzuteilen.

§ 9
Über die Vergabe des Eheglaubigkeitzeugnisses ist den Verlobten von dem Gesundheitsamt eine Bescheinigung zu erteilen (Anlage 3).

§ 10

(2) Die Ausbildung des Zeugnisses oder der Bescheinigung (§ 9) kann von der vorherigen Zahlung der Gebühr abhängig gemacht werden.

(3) Die Tätigkeit des Arztes nach § 2 Abs. 2 ist kostenlos, wenn er für eine Person, die bei einer reichsgesetzlichen Krankenfasse oder einer Erfahrfasse versichert ist, für deren anspruchsberechtigte Familienangehörigen oder für solche Personen ausgelöst wird, für die im Falle einer Krankheit die öffentliche Fürsorge eintreten muß. Das Vorhandensein dieser Voraussetzungen ist dem Arzt durch Vorlage eines Ausweises der Krankenfasse oder des Fürsorgetragers nachzuweisen.

§ 11
Gegen die Vergabe (§ 9) oder Zurücknahme (§ 8) des Eheglaubigkeitzeugnisses aus Gründen des § 1 des Eheschließungsgezuges kann jeder Verlobte die Entscheidung des Eheschließungsgerichts anfechten.

§ 12
Zuständig ist das Eheschließungsgericht, in dessen Bezirk das Gesundheitsamt seinen Sitz hat. Aus wichtigen Gründen kann das Eheschließungsgericht die Sache an ein anderes Eheschließungsgericht abgeben; die Abgabeverfügung ist für dieses Gericht bindend.

§ 13

(2) Die Beschwerde kann von jedem Verlobten sowie von dem Reiter des Gesundheitsamtes eingeleitet werden.

§ 14
(1) Das Gericht hat von Amts wegen zu prüfen, ob ein Ehehindernis nach § 1 des Gesetzes vorliegt.

(2) Der Beschuß, daß ein solches Ehehindernis nicht vorliegt, erhebt das Eheglaubigkeitzeugnis.

§ 15
Als Richter sind die Ärzte ausgeschlossen, die bei der Untersuchung auf die Eheschließbarkeit oder bei der Ausstellung der Bescheinigung (§ 9) mitgewirkt haben.

§ 16
(1) Ein minderjähriger Verlobte kann seine Rechte selbst wahrnehmen.

(2) Der Antrag auf gerichtliche Entscheidung ist, wenn einer der Verlobten minderjährig ist, die nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch erforderliche elterliche Einwilligung zur Eheschließung beizufügen.

(3) Ein Pfleger wird in Eheschließungsachen nicht befugt.

§ 17

§ 18
(1) Das Gericht kann das persönliche Erscheinen der Verlobten und ihre ärztliche Untersuchung anordnen. Ein Zwang zur Durchführung dieser Anordnungen ist nicht statthaft.

(2) Wird der Anordnung nicht folge geleistet, so kann das Gericht die Verfassung oder Zurücknahme des Zeugnisses ohne weitere Ermittlungen bestätigen.

§ 19
Der Beschuß des Gerichts ist beiden Verlobten sowie dem Gesundheitsamt unter Mitteilung der Gründe zuzustellen.
§ 20

(1) Für das gerichtliche Verfahren wird in jedem Rechtssachen eine Gebühr von fünf Reichsmark erhoben. Für das Verfahren vor dem Ehegutbeurteilungsgericht wird die Gebühr nicht erhoben, wenn die Beschwerde von dem Erwerb des Gesundheitsamts eingegangen war.

(2) Auf Antrag kann der Vorsitzende die Gebühr, solange sie noch nicht gezahlt ist, ermäßigen oder erlassen, wenn die Verlobten bereit sind und die Rechtssachverhältnisse nicht ausnahmslos erscheinen; die Verjährung ist unanfechtbar.

(3) Soweit die Gebühr erlassen ist, wird das Gericht erst nach Zahlung der im Abs. 1 bestimmten oder nach Abs. 2 ermäßigten Gebühr in der Sache tätig.

(4) Der unterliegende Verlobte hat die Auslagen des Verfahrens zu tragen. Die Vorschriften des Gerichtskostengesetzes finden Anwendung.

(5) Ist rechtskräftig festgestellt, dass ein Ehenachweis nach § 1 des Gesetzes nicht besteht, so werden die gerichtlichen Gebühren erstattet.

§ 21

Eine Wiederaufnahme des Verfahrens findet nicht statt.

§ 22

Die Ausstellung des Ehegutbeurteilungszeugnisses kann frühestens sechs Monate, nachdem der Beschluss des Gerichts rechtskräftig geworden ist, erneut beim Gesundheitsamt beantragt werden.

§ 23

Das Aufgebot darf erst angeordnet werden, wenn dem Standesbeamten das Ehegutbeurteilungszeugnis vorgelegt worden ist. § 3 findet Anwendung.

§ 24

§ 1 des Ehegutbeurteilungsprozesses steht der Erschließung nicht entgegen, wenn die Ehe nach § 50 des Personensorangesetzes vom 6. Februar 1875 (Reichsgesetzbl. S. 23, 33) wegen Lebensgefährdung des Ehegatten von einer Verlobung ohne Aufgebot geschlossen werden darf.

§ 25

Die Unfruchtbarkeit einer Frau, die über 45 Jahre alt ist, braucht im Falle des § 1 Abs. 2 des Gesetzes nicht nachgewiesen zu werden.